Peer Pasternack

Mehrdeutige Akten und eindeutige Beauskunftungen

Die: Metamorphose des IM-Begriffs

»Ein Weltmiveau-Staat wie die DDR hatte natürlich nicht nur seine Beatles (die Puhdys), sondern auch seine Rolling Stones: Das war Pankow... Ohne große Worte vermittelte der ruppige Rhythmus dieser Musik das Gefühl, sich von der Verlogenheit der Verhältnisse ringsum zu befreien, mit einem Wort: Authentizität«, führte die F.A.Z. unlängst ihre Leser in eine fremde Welt ein. Nun stand Pankow erstmals seit 1990 wieder auf der Bühne: »Doch die Authentizität war nicht nur durch den Fortgang der Zeiten gebrochen. Der Gitarrist der Gruppe, Jürgen Ehle, ist vor kurzem als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt worden; als »IM Peters« hatte er regelmäßig über die anderen Mitglieder der Band berichtet, nur Gutes allerdings, wie er beteuert, um der Band ihre Reisemöglichkeiten zu erhalten.« Und dann: »Bei der Einzelvorstellung der Musiker bekommt Ehle demonstrativ den meisten Beifall... Was authentisch ist und was nicht, wird über Plebiszit entschieden.«  

Dieses Plebiszit hatte man sich anfangs freilich anders vorgestellt. Doch handelte es sich bei den Beifallklatschenden nicht um angepaßte Nostalgiker. Hier applaudierten die Fans einer Band, die in der DDR für rebellische Neigungen stand. Wenn dieses Publikum jetzt derart politisch inkorrekt Beifall klatscht, muß irgend etwas dumm gelaufen sein. Was?


Die Didaktik der Aufklärung

Worauf gründen diese Annahmen, was also hat die Gauck-Behörde hier zu verantworten? Es sind zwei Dinge:

1. Die Behörde pflegt ein Bild der Zweifelsfreiheit ihrer Erkenntnisse. Es ist kein Fall bekannt geworden, daß sie von sich aus einen Irrtum eingestanden hätte. Als tatsächlich irrtumsfreie Behörde indes wäre sie einmalig. Wo Menschen tätig sind, geschehen Fehler, also auch bei dem mit 3 000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ausgestatteten Bundesbeauftragten. Korrigiert wurden die Fehler aber, soweit die Öffentlichkeit davon erfuhr, allein aufgrund äußeren Drucks, etwa infolge von Gerichtsentscheidungen.


4 Sie war es nicht. Wir kommen darauf zurück.
Die Metamorphose des IM-Begriffs

Es war recht frühzeitig zu ahnen gewesen: Zur kontextualisierenden Entschlusselung der MfS-Akten bedarf es offenkundig einer speziellen Hermeneutik. Und in der Tat: Decodierungshilfen, die über die Auflösung von Abkürzungen und IM-Kategorien hinausgehen, erwiesen sich schon binnen kurzer Zeit als gar nicht unverzichtbar. Nun ist die Gauck-Behörde unter anderem mit einer eigenen Forschungsabteilung ausgestattet. Es durfte erwartet werden, daß diese Abteilung bald mit systematischen Entwürfen zur Bedeutungsschließung der Akteninhalte dienen würde (nicht zuletzt um auch die eigene Arbeit zu fundieren und ihren wissenschaftlichen Seriössanspruch zu unterstreichen). Diese erwarteten Entwürfe kamen nicht und konnten folglich nicht diskutiert, entwickelt, präzisiert werden. Statt dessen kam es zu etwas anderem: Je länger de-


tection war vorgefundener Aktenbestände? Nur wenn sich hinter dem »zweifelsfrei« eine behördliche Auslegung verbarg, wird verständlich, warum in dem konkreten Fall kurze Zeit später bei unveränderter Aktenlage faktisch das Gegenteil festgestellt werden konnte.

Obwohl nun die Gauck-Behörde in ihrer öffentlichen Selbstdarstellung sowohl für sich die Fähigkeit zum Irrtum ausschließt wie auch vorgeblich nur wertfreie Auskünfte entsprechend der Aktenlage gibt, haben sich in den letzten Jahren fortlaufend Änderungen in der Beauskunftungspraxis ergeben. Einige sind in Novellierungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes festgeschrieben, andere aus öffentlichen Mitteilungen des Behördenchefs und seiner MitarbeiterInnen zu entziffern.

(sto dringender bedürfen wir einer speziellen Hermeneutik der Auskünfte Joachim Gaucks und seiner MitarbeiterInnen.

Schaun wir uns das anhand des Problems an, bei dem der hermeneutische Reparaturbedarf am dringlichsten scheint: Kann aus den Akten eine frühere Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS jenseits vernünftiger Zweifel festgestellt werden? – Der IM-Begriff hat sich in den letzten Jahren als sehr wandlungsfähig erwiesen. Anhand einiger aussagekräftiger, öffentlich gemeldeter Einzelfälle läßt sich dessen Metamorphose nachvollziehen:

1) Anfangs hatte es geheißen, wer IM gewesen war, sei zweifelsfrei feststellbar: Denn IM könne nur gewesen sein, wer sich schriftlich dazu verpflichtet hatte.

2) Die Fälle Manfred Stolpe und Heinrich Fink brachten eine erste Modifizierung dieser Angaben. Nun hieß es: Insbesondere im kirchlichen Bereich habe es auch Verpflichtungen per Handschlag gegeben. Das stimmt alle Anschein nach, wenn auch die beiden Anlaßfälle nicht befriedigend geklärt werden konnten: Der Fall Stolpe blieb eine Interpretationsfrage. Im Fall Fink hatte Joachim Gauck widersprüchlich argumentiert. Einerseits lautete seine schriftliche Auskunft: »Herr Prof. Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen »Heiner« tätig gewesen.«7 Mündlich erläuterte er hingegen, er sei »ohne Muße imstande«, sich »vorgestellen, daß ein Mann wie Heinrich Fink... möglicherweise das nicht gewußt hat.«8 Das Landesarbeitsgericht Berlin erkannte in einem nachfolgenden Prozeß die IM-Tätigkeit Finks als tatsächlich. Doch bescheinigte es der Urteilsbegründung selbst »argumentative Angreifbarkeit«. (Az 12 Sa 32/92)9

8 Dokumentiert in: Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin (=Utopia kreativ Dokumentation), Berlin 1992, S. 27.
9 Außerordentliche Sitzung des Konzils der Humboldt-Universität zu Berlin am 29.11.1991, in ebd., S. 47.
Wenn sich damit auch diese IM-Bestimmung der Verpflichtung per Handschlag als zumindest unzuverlässig erwiesen hatte, so konnte man aber immerhin noch auf die Unterschriftsvariante als verlässlichem Beleg einer bewuβten MfS-Mitarbeit vertrauen.


(5) Bereits 1992 war im Fall des oben schon erwähnten Halleschen Internisten Ulrich ein anderer Umstand deutlich geworden, der schwerlich ignoriert werden kann: Es gab auch Anwerbungserscheinungen, die heutzutage »allein« kontextualisiert zu erheben sind. Friedrich Schorlemmer rekapiultierte später, was auf die Gauck-Mitteilung, Ulrich sei »zweifelsfrei« IM gewesen, geschah: »Er mußte erleben, wie selbst manche Freunde und Kollegen skeptisch, unsicher wurden und wie er bei amtlichen Stellen plötzlich vor verschlossenen Türen stand. Er lebte mit Blicken, die er nicht aushielt. Er wurde zum Stadtgespräch, er wurde zum Opfer der allfälligen Hechelei.« Der Fall hatte suizidal geendet.


12 F. Schorlemmer, a.a.O., S. 73.
13 Ebd.
14 Zit. nach ebd.
registrierten vor der Bearbeitung durch andere Mis-Abteilungen gegeben hatte: Wer einmal registriert war, hatte für andere Abteilungen tabu zu sein.43


(11) 1995 wurde ein Fall öffentlich, der eine weitere Neuigkeit brachte (auf die man aber auch durch Nachdenken hätte kommen können): Dekonspirierung gegenüber Dritten unmittelbar im Anschluß an eine Mis-Anmerkung konnte ein probates Mittel sein, sich der unangenehmen Verbindung zu entledigen. (Inzwischen ist dies auch als Entlastungskriterium in die Arbeitsrichtlinien der Gauk-Behörde eingegangen.43) Der Arbeitsmediziner Rudolf Mucke, Mitarbeiter an der Charité, hatte in den 70er Jahren einen Anwärterversuch des Mis durch Dekonspirierung abgewehrt.44 Der Ehrenausschuß der Humboldt-Universität kam damals zu dem Schluß, daß Mucke weitere Beschäftigung

45 Wenngleich ein entsprechernder Hinweis findet sich hierzu auch bei Müller-Enbergs 1996, a.a.O.: »Etwa jeder Dritte hat den Werbungsversuch des Staatssicherheitsdienstes zurückgewiesen. Das war für den Betroffenen normalerweise folgenlos, genauso wie ein Abbruch der inoffiziellen Arbeit durch den IM. Am leichtesten gelang dies durch Dekonspirierung. Der IM offensichtlich sich gegenüber Dritten und berichtete darüber dem Führungs- 


Kurz nach dem vernichtenden Urteil des Ehrenausschusses stürzte sich Rudolf Mucke von einer Brücke.«


Erschienen war der Band mit dieser Fußnote in der Schriftenreihe des Hannah Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden, das zur »Erforschung zweier Diktaturen in Deutschland« gegründet worden war und unter erheblichem politischen Legitimationsdruck steht.


Fazit


Die Beispiele dürften aber hinreichen, eine unterdessen gängige Ansicht in vornehmlich der ostdeutschen Öffentlichkeit nachvollziehbar er-

19 Vgl. dazu Sabine Kebir Interview mit de Maizièr im vorliegenden Band.
scheinen zu lassen: Wo aus den Akten so wenig Gewißheit zu erlangen, aber mit solch geringer Gewißheit derart reichlich politische Instrumentalisierung zu betreiben sei, wie es zu beobachten war, da ist augenscheinlich das gutgemeinte Anliegen ungenügend gegen scharfsinnige Dienstnahme immunisiert worden.


In dieser Weise also lassen sich die Ergebnisse einer Entwicklung kennzeichnen, an deren Anfang einmal Hungerstreiks von Bürgerrecht- lern in der Berliner Ex-Stasi-Zentrale und Sitzstreiks von Abgeordneten in der Volkskammer gestanden hatten. Die Ergebnisse können bedauert werden, verwundern dürften sie nicht: Schließlich sind die MfS-Akten nicht vergessellschaftet, sondern (erneut) verstaatlicht worden.